

immer ganz fehlerfrei kundgemacht worden, sodass teilweise auch Zahlen existieren, die aufgrund falscher Additionen oder anderer Fehler zustande kamen. Neben den amtlichen Kundmachungen und Mediendarstellungen wurden im Zuge dieser Arbeit auch die Berichte der Regierung an den Landtag über die Resultate der Volksabstimmungen bei der Zahlenüberprüfung konsultiert. Die in dieser Monografie rekonstruierten Zahlen korrigieren die wenigen marginalen Abweichungen, sodass mit den plausibelsten Zahlen gearbeitet wird.

Ferner wurden die Zeitungsberichte zu allen Volksabstimmungen gesichtet und teilweise systematisch ausgewertet, um zusätzliche Informationen zu den Vorlagen, der Intensität der politischen Auseinandersetzung, der Dauer der Abstimmungskampagne, der Haltung von Parteien, Vereinen und Verbänden und anderen in Erfahrung zu bringen. Fallweise wurde die Medienanalyse noch auf weitere Publikationsorgane ausgeweitet. Teilweise konnten die Inhaltsanalysen der Zeitungen Lücken, die nach der Sichtung und Auswertung der Archivakten noch vorhanden waren, füllen. Jedenfalls aber ergibt die Inhaltsanalyse der Zeitungen ein Bild von der öffentlichen Kommunikation im Umfeld von Volksabstimmungen.

Individualdaten zu Volksabstimmungen auf der Basis von repräsentativen Meinungsumfragen – etwa analog zu den VOX-Umfragen in der Schweiz – gibt es in Liechtenstein kaum. Die seit 1977 durchgeführten VOX-Umfragen könnten allerdings als Vorbild für Liechtenstein dienen.

Erste Schritte sind im Zuge der Fokussierung des Liechtenstein-Instituts auf die direkte Demokratie unternommen worden. Am intensivsten erforscht ist die Verfassungsabstimmung vom März 2003, welche mittels Panel-Umfragen im Vorfeld sowie aufgrund einer Nachabstimmungsumfrage gut belegt ist.¹¹⁶ Ebenfalls mit Nachabstimmungsumfragen erfasst sind einige Volksabstimmungen zwischen September 2011 und Ende 2017 (Ende der Beobachtungsperiode dieser Monografie; letzte Abstimmung am 18. September 2016). Dabei handelt es sich um die Volksabstimmungen zum Initiativbegehren «Hilfe statt Strafe» (Schwangerschaftsabbruch, 18. September 2011)¹¹⁷, zum Referendum

116 Analysen in Marcinkowski und Marxer 2010, 2011.

117 Marxer 2011b.